Offener Brief an Bundeskanzlerin Merkel

G20-Gipfel: Menschenrechte auf die Agenda

Stuttgart, 13. Juni 2012

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

anlässlich des G20-Gipfels am 18. und 19. Juni in Mexiko wenden wir uns an Sie, um über die wirtschaftspolitischen Themen hinaus Ihre Aufmerksamkeit auf die aktuelle Menschenrechtslage in Mexiko zu richten:

Die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte der mexikanischen Bevölkerung sind aktuell akut gefährdet und werden täglich verletzt. Der Kampf der mexikanischen Regierung unter Präsident Calderón gegen die Organisierte Kriminalität (OK) überlagert die gravierenden Probleme des Landes, beispielsweise die mangelnde Armutsbekämpfung und die fehlenden sozialstaatlichen Maßnahmen, die den Anstieg der OK direkt mitverursacht haben. Längst haben sich die einst kriminellen Banden als diversifiziert handelnde Unternehmen etabliert und auch sie handeln global, so dass neue Strategien gefordert sind, um ihr Agieren zu verhindern.

Die aktuelle Sicherheitsstrategie der Regierung Calderón zur Bekämpfung ist gescheitert: Die Internationale Gemeinschaft muss auf die alarmierende Zahl von circa 60.000 Toten in sechs Jahren reagieren und Konsequenzen daraus fordern, dass sich unter den Opfern nicht nur Angehörige der Drogenbanden befinden, sondern auch eine große Zahl ziviler Opfer. Längst sind Teile des Militärs und der Polizei in das System der Organisierten Kriminalität integriert – die Menschen verlieren das Vertrauen in die Institutionen, Ansätze wie Korruptionsbekämpfung oder alternative Bekämpfungsstrategien der OK, um beispielsweise der Geldwäsche vorzubeugen oder die Finanztransfers zu stoppen, sind nicht erkennbar.

Vielmehr werden immer mehr Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die durch Angehörige und Mitglieder von Polizei und Militär begangen werden: Dazu gehören Verschwindenlassen, außergerichtliche Hinrichtungen, Vertreibungen, Feminizide, Vergewaltigungen, Diskriminierung im Justizsystem, Diskriminierung durch Behörden und öffentliche Institutionen, Amtsmissbrauch durch Angehörige der Sicherheitskräfte, Aggressionen gerichtet gegen Menschenrechtsverteidiger_innen, mangelnde Umsetzung von Schutzmaßnahmen, u.a. angeordnet

durch die interamerikanische Menschenrechtskommission oder den Gerichthof, Übergriffe auf Migranten, Verletzung der Rechte von Angehörigen indigener Völker und die Kriminalisierung des sozialen Protests.

Wir erkennen an, dass es beispielsweise mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Implementierung eines Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalisten Fortschritte gibt. Dieser muss jedoch noch in der Praxis umgesetzt werden, um tatsächlich zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beitragen zu können.

Längst ist es für die europäischen und lateinamerikanischen Regierungen sowie die USA Zeit, Benchmarks zu setzen und von der mexikanischen Regierung konkrete Fortschritte bei der Verbesserung der Menschenrechtslage einzufordern.
Dazu gehört auch die Umsetzung der Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Höchsten Mexikanischen Gerichtshofs aus den Jahren 2010 und 2011 zur Überarbeitung der Militärgerichtsbarkeit, die in Mexiko noch immer für Verbrechen von Angehörigen der Armee an Zivilisten zuständig ist.[1]

In Ihrer Verantwortung als Regierungschefin eines der G20-Staaten sind Sie auch gegenüber der Bevölkerung in Mexiko dazu aufgerufen, aktiv zu einem rechtsstaatlichen Wandel Mexikos beizutragen und die mexikanische Regierung sowie die aktuellen Präsidentschaftskandidaten aufzufordern,

- aktiv Korruption zu bekämpfen,
- gegen die Organisierte Kriminalität Maßnahmen wie die Kontrolle von Geldwäsche und der Finanzströme zu betreiben,
- die Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten in die Praxis umzusetzen,
- ein Gesetz zur Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit in Fällen von Menschenrechtsverletzungen seitens der Armee gegenüber Zivilisten zu verabschieden.

Es ist nun an Ihnen, Mexiko zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage aufzufordern und daran zu erinnern, dass sich Mexiko an der Einhaltung seiner internationalern Verpflichtungen messen lassen muss.

Amnesty International, Deutsche Sektion
Brot für die Welt, Stuttgart
Carea e.V.
Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie/Hamburg
FIAN Deutschland
Menschenrechtsreferat des Diakonischen Werkes der EKD
Initiative Mexiko, Hamburg
Mexiko-Initiative Köln
Misereor, Aachen
Missionsprokur der deutschen Jesuiten
Missionszentrale der Franziskaner, Bonn
Ökumenisches Büro München
Partner Südmexikos e.V.
Pax Christi
Promovio e.V.

[1] Vgl. die Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in den Fällen "Rosendo Radilla" vom 23.11.2009; "Campo Algodonero/Baumwollfeld" vom 16.11.2009, "Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú" vom 2.10.2010 sowie vom 15.5.2011 und "Campesinos Ecologistas" (Umweltbauern) vom 26.11.2010.